

Kreistagsdrucksache Nr. 044/15

AZ. A 12

Anlagen:

- Pressemitteilung Regionale Schulentwicklung Rottenburg (Anlage 1)
- Schülerzahlen berufliche Schulen (Anlage 2)
- Bildungsabschlüsse (Anlage 3)
- Stuttgarter Zeitung – Ausgabe Kreis Esslingen/21.05.2015 (Anlage 4)

Tagesordnungspunkt

Regionale Schulentwicklung im Landkreis Tübingen

Bericht

Sozial- und Kulturausschuss (öffentlich) am 06.05.2015

Sachstand

Am 19.02.2014 und am 24.09.2014 hat die Verwaltung im Sozial- und Kulturausschuss in öffentlicher Sitzung über den aktuellen Sachstand der Regionalen Schulentwicklung im Landkreis Tübingen berichtet (KT-DS 132/13 und 087/14).

Berichtet wurde auch, dass die Gemeinde Dußlingen für die Region Steinlachtal und die Stadt Tübingen für die Raumschaft Tübingen beim Staatlichen Schulamt den formellen Antrag auf Initiierung eines regionalen Schulentwicklungsprozesses gestellt haben und das Schulamt darum gebeten hat, weitere Schritte zu veranlassen. Zwischenzeitlich hat die Stadt Rottenburg am Neckar für ihr Stadtgebiet, für Neustetten, Starzach und Hirrlingen ebenfalls einen Antrag gestellt (**Anlage 1**). In allen 3 Regionen war bzw. ist die Landkreisverwaltung und Vertreter der beruflichen Schulen an den Gesprächen wegen möglichen Kooperationen und möglichst nahtlosen Übergängen von den Gemeinschaftsschulen zu den landkreiseigenen Schulen im Landkreis Tübingen beteiligt.

Im Kern geht es bei den Kooperationen mit den Gemeinschaftsschulen darum, dass keine Notwendigkeit besteht, an den Gemeinschaftsschulen eine eigene Sekundarstufe II zur Erlangung des Abiturs einzurichten, weil die Schülerinnen und Schüler der Haupt-, Real- und Werkrealschulen und auch zukünftig der Gemeinschaftsschulen ihren Weg zum Abitur, wie bisher auch schon, an den beruflichen Gymnasien fortsetzen können.

Die vorhandenen und gut funktionierenden Strukturen im Landkreis mit einem möglichst nahtlosen Übergang, gilt es nach Auffassung der Verwaltung zu intensivieren und auszubauen, auch im Hinblick auf die demographische Entwicklung und zur Vermeidung zusätzlicher Doppelstrukturen.

Die Region Rottenburg und die Region Steinlachtal haben deshalb auch erklärt, dass die Einrichtung einer eigenen gymnasialen Oberstufe an den Gemeinschaftsschulen nicht ihr Ziel ist. Sie werden deshalb auch zukünftig auf das breite Angebotsspektrum der beruflichen Schulen zur Erlangung des Abiturs nach Abschluss des mittleren Bildungsabschlusses an der Gemeinschaftsschule verweisen.

Im Bereich Tübingen wird ebenfalls großer Wert auf die Fortführung der bestehenden Kooperationen mit den beruflichen Schulen gelegt. Zusätzlich wird aber erwogen, für die drei

Tübinger Gemeinschaftsschulen zusammen eine eigene Sekundarstufe II einzurichten, an der die Schülerinnen und Schüler das Abitur erwerben können.

Am 15.04.2015 haben die Schulleitungen der Gewerbliche Schule, der Mathilde-Weber-Schule, der Wilhelm-Schickard-Schule und der Beruflichen-Schule Rottenburg Herrn Oberbürgermeister Palmer und Erste Bürgermeisterin Frau Dr. Arbogast zu einer Infoveranstaltung und Diskussionsrunde mit Herrn Landrat Walter in die Gewerbliche Schule eingeladen, um der Stadtverwaltung die vielfältigen Angebote zur Erlangung der allgemeinen Hochschulreife an den Landkreisschulen vorzustellen. Dabei wurde auch festgelegt, wie der weitere Weg mit den Betroffenen Akteuren diskutiert werden kann.

Angebote der Beruflichen Schulen zur Erlangung der Allgemeinen Hochschulreife

Übersichten über die Schularten, Klassen und Schülerzahlen der beruflichen Schulen liegen dieser Drucksache als **Anlage 2** bei. In welcher Form der mittlere Bildungsabschluss an den Landkreisschulen erreicht werden kann und vor allem welche vielfältigen Angebote zur Erlangung der Allgemeinen Hochschulreife an den vier beruflichen Gymnasien genutzt werden können, ist ebenfalls den beigefügten Ausführungen zu entnehmen (**Anlage 3**). Die Schulleitungen werden in der Sitzung die Angebote jeweils kurz vorstellen, weshalb an dieser Stelle inhaltlich nicht weiter auf Details eingegangen werden soll.

Die möglichen Kooperationsangebote an die Gemeinschaftsschulen zum nahtlosen Übergang an die beruflichen Gymnasien stellen die Schulleitungen der beruflichen Schulen ebenfalls vor.

Gemeinsamer Fachtag zur Regionalen Schulentwicklung in der Raumschaft Tübingen

Zwischen den Spitzen der Stadtverwaltung Tübingen und der Kreisverwaltung bestand Einigkeit darüber, dass es sinnvoll ist, um einen einheitlichen Wissens- und Diskussionsstand zu erhalten und die unterschiedlichen Vorstellungen zur regionalen Schulentwicklung in der Raumschaft Tübingen gegenseitig kennenzulernen, alle Beteiligten zu einem gemeinsamen Fachtag in das Landratsamt noch im laufenden Schuljahr einzuladen.

Als Teilnehmer ist derzeit folgender Personenkreis vorgesehen:

- Schulleitungen der betroffenen Tübinger allgemeinbildenden Schulen und der beruflichen Schulen
- Lehrervertretungen
- Elternbeiräte
- Mitglieder des Tübinger Gemeinderats und des Kreistags
- Vertreterinnen und Vertreter der Schulverwaltungen Stadt Tübingen und Landkreises
- Vertreterinnen/Vertreter des Staatlichen Schulamts
- Vertreterinnen/Vertreter des Regierungspräsidium

Die Moderation soll durch den Leiter des Staatlichen Schulamts, Herrn Roland Hocker erfolgen. Als Termin für den gemeinsamen

Fachtag Regionale Schulentwicklung in der Raumschaft Tübingen wurde
Freitag, 17. Juli 2015 15:30 – 19:00 Uhr

im Landratsamt in Tübingen vereinbart.

Eingangs sollen die unterschiedlichen Positionen und Vorstellungen ausgetauscht werden. In Workshops sollen Themen wie z.B. Kooperationsmöglichkeiten, Notwendigkeit einer eigenen

gymnasialen Oberstufe in der Raumschaft Tübingen, pädagogische Konzepte der Schulen, die Gestaltung der Übergänge usw. unter den Teilnehmern diskutiert und mögliche Lösungsansätze aufgezeigt werden.

In einer anschließenden gemeinsamen Abschlussveranstaltung sollen die Ergebnisse und der Handlungsbedarf des Fachtags noch einmal zusammengefasst und weitere Schritte für das künftige Vorgehen formuliert bzw. vereinbart werden. Über die Ergebnisse des Fachtags und die weiteren Gespräche wird die Verwaltung den Ausschuss zeitnah unterrichten.